

-
- [Kommentar: Gesundheitspauschale – ein Schritt in die richtige Richtung](#)
 - [BDI-Mittelstandspanel: Langsamer, aber stetiger Aufwärtstrend für 2010](#)
 - [Unternehmensnachfolge: IfM Bonn legt neue Schätzung vor](#)
 - [Unternehmensinsolvenzen: Wann werden die Gläubiger ausgezahlt? Wie viele Unternehmen werden fortgeführt?](#)
 - [Corporate Social Responsibility \(CSR\): Enge Grenzen für staatliche Förderung](#)
 - [European Enterprise Award 2009/10: Erneut beide deutschen Projekte erfolgreich](#)
 - [Aktuelles](#)
-

Kommentar: Gesundheitspauschale – ein Schritt in die richtige Richtung
von Prof. Dr. Johann Eekhoff

Der Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 sieht einige Änderungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung vor, die die Stabilität und Wirtschaftlichkeit des Versicherungssystems erhöhen und bestehende Ungerechtigkeiten verringern sollen. Im Kern geht es darum, Lohnzusatzkosten und Gesundheitsausgaben von einander abzukoppeln. Der von den Arbeitgebern zu entrichtende Beitragssatz soll festgeschrieben werden, wohingegen die Arbeitnehmer künftig einen pauschalen Krankenversicherungsbeitrag zahlen sollen, der vom Lohn unabhängig ist. Für Haushalte ohne ausreichendes Einkommen ist ein sozialer Ausgleich aus Steuermitteln vorgesehen.

Die von den Arbeitnehmern zu zahlende Gesundheitspauschale ist innerhalb einer Versicherung für alle gleich hoch. Zwischen den Versicherungen kann sich die Höhe aber aufgrund von Kosten- und Qualitätsunterschieden unterscheiden. Mit der Pauschale erhielten die Krankenversicherungen eine verlässliche Kalkulationsgrundlage. Bisher müssen sie darauf hoffen, dass ihnen angemessene Beträge aus dem Gesundheitsfonds zugewiesen werden, wenn sie Versicherte mit geringen Löhnen und geringen Beiträgen haben. Einen echten Preis- und Qualitätswettbewerb zwischen den Krankenkassen kann es nur geben, wenn sich die Prämien insgesamt an den Kosten der Versicherungen und nicht am Lohn der Versicherten orientieren.

Soweit der Arbeitnehmeranteil auf eine Pauschale umgestellt wird, entfällt die sozial gemeinte, aber nicht mehr zu rechtfertigende Umverteilung nach der Höhe des Lohns innerhalb der Krankenversicherung. So ist ein geringer Lohn nicht generell gleichbedeutend mit einem niedrigen Einkommen und rechtfertigt noch keinen niedrigen Beitrag. Beim vorgesehenen Sozialausgleich über Steuern und Transferzahlungen werden deshalb neben dem Lohn auch die sonstigen Einkünfte des Versicherten sowie das Vermögen und die wirtschaftliche Situation der Familie berücksichtigt. Nur so lassen sich für alle Bürger faire und vergleichbare Bedingungen schaffen.

Eine mutige Umstellung der gesamten Arbeitnehmerbeiträge verdient eine breite Unterstützung, damit die bestehenden Ungerechtigkeiten der Umverteilung innerhalb des Krankenversicherungssystems abgebaut werden können und der Wettbewerb verstärkt wird. Das sind notwendige Bedingungen, um die finanziellen Anforderungen im Gesundheitssystem zu bewältigen. Bei nüchterner Betrachtung ist aber darauf hinzuweisen, dass damit erst ein Teil der Probleme im Gesundheitssystem gelöst wird. Deshalb wäre es besonders bedauerlich, wenn die Gesundheitspauschale im parteipolitischen Gezänk bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt würde.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

BDI-Mittelstandspanel: Langsamer, aber stetiger Aufwärtstrend für 2010

Die elfte Erhebungswelle des BDI-Mittelstandspanels zeichnet ein positives Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung im industriellen Mittelstand. Die befragten Industrieunternehmen beurteilen ihre Lage heute besser als noch im Herbst des vergangenen Jahres erwartet. Auch die Einschätzungen für die kommenden zwölf Monate zeigen einen deutlichen Trend nach oben, wobei die aktuellen Verwerfungen im Euroraum in der Befragung nicht erfasst wurden. Enttäuscht zeigt sich der industrielle Mittelstand von den allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Die hohen Erwartungen an die christlich-liberale Bundesregierung aus dem Herbst des vergangenen Jahres wurden bisher nicht erfüllt.

Neben der wirtschaftlichen Entwicklung und den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wurde in der Frühjahrsbefragung 2010 auch das Investitions- und Finanzierungsverhalten erhoben. Hier zeigt sich ebenfalls ein Aufwärtstrend: Während in der Herbstbefragung gut 50 % der Unternehmen die Finanzierungsbedingungen als stabil bezeichneten, sind es in der aktuellen Erhebungswelle nunmehr schon fast zwei Drittel der Unternehmen. Gut 12 % berichten sogar von einer positiven Entwicklung in den letzten sechs Monaten. Hinweise auf eine flächendeckende Kreditklemme verdichten sich somit für den industriellen Mittelstand nicht. Aufgrund der verhaltenen Investitionsaktivitäten ist auch nicht mit verschärften Bedingungen in der Unternehmensfinanzierung zu rechnen. Laut den Befragungsergebnissen planen 53 % der Unternehmen zu investieren. Die Investitionsbereitschaft liegt damit auf dem Wert des Vorjahres, aber noch unterhalb des Wertes aus dem Boomjahr 2008 (65 %).

Die vollständigen Ergebnisse der Frühjahrsbefragung 2010 finden Sie hier:

<http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=872>

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Unternehmensnachfolge: IfM Bonn legt neue Schätzung vor

Das IfM Bonn legt in regelmäßigen Abständen Schätzungen zur Anzahl und Struktur der anstehenden Unternehmensübertragungen in Deutschland vor, letztmalig im Jahre 2004 für die Jahre 2005 bis 2009. Die notwendige Aktualisierung hat das IfM Bonn genutzt, um das Schätzverfahren weiterzuentwickeln und damit die Güte der Ergebnisse zu verbessern. Auf der Grundlage der neuen Berechnungen geht das IfM Bonn davon aus, dass zwischen 2010 und 2014 rund 110.000 Familienunternehmen zur Übernahme anstehen werden. Dies sind etwa 22.000 Übertragungen pro Jahr. Jeweils knapp 30 % der Unternehmen werden im Produzierenden Gewerbe, im Handel und im unternehmensnahen Dienstleistungssektor übertragen. Der Rest entfällt auf personenbezogene Dienstleistungen und die Landwirtschaft. Von den Übergaben werden im Fünf-Jahres-Zeitraum 1,4 Mio. Beschäftigte oder 287.000 Beschäftigte pro Jahr betroffen sein.

Die Zahl der anstehenden Unternehmensübertragungen ist im Vergleich zur letzten Schätzung deutlich gesunken. Dies liegt im neuen Schätzverfahren begründet, dem eine sachgerechtere Abgrenzung sogenannter übernahmewürdiger Unternehmen zu Grunde liegt. Ein Unternehmen gilt im Sinne der neuen Schätzung als übernahmewürdig, wenn es aus der Sicht des potenziellen Übernehmers über eine hinreichende Ertragskraft verfügt, die die Übernahme ökonomisch attraktiv erscheinen lässt. In der Vergangenheit wurde hierfür mangels besserer Daten ein Jahresumsatz von mindestens 50.000 Euro angesetzt. Mittlerweile liegen Informationen zu Unternehmensgewinnen vor, die wesentlich besser geeignet sind, die Übernahmewürdigkeit zu bestimmen. Nunmehr gilt ein Unternehmen als übernahmewürdig, wenn es mindestens einen Jahresgewinn in Höhe eines durchschnittlichen Arbeitnehmerverdienstes zuzüglich des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung erwirtschaftet (derzeit: rund 49.500 Euro).

Mehr Informationen zur neuen Schätzung finden Sie hier:

<http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=855>

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Unternehmensinsolvenzen: Wann werden die Gläubiger ausgezahlt? Wie viele Unternehmen werden fortgeführt?

Das IfM Bonn hat sich in zwei Forschungsprojekten mit dem im Jahr 1999 reformierten Insolvenzrecht befasst. In einem ersten Projekt wurde untersucht, nach welcher Zeitdauer es üblicherweise zu einer Ausschüttung an die Gläubiger aus dem Vermögen des Schuldners kommt. Dazu ermittelte das IfM Bonn bundesweit auf der Basis von Gerichtsveröffentlichungen Angaben zur Verfahrenslänge von Regelinsolvenzverfahren. Damit liegen nun erstmals detaillierte Daten über die Verfahrensdauern für Insolvenzverfahren aus den Eröffnungsjahrgängen 1999 bis 2001 vor. Im Durchschnitt dauerte ein Regelinsolvenzverfahren bei juristischen Personen vier Jahre, während der entsprechende Wert bei natürlichen Personen bei zwei Jahren lag. Da jedoch rund 30 % der in den Jahren 1999 bis 2001 eröffneten Verfahren bis zum Herbst 2009 noch nicht abgeschlossen waren, handelt es sich um vorläufige Werte. Die tatsächliche Verfahrensdauer wird entsprechend höher ausfallen. Regional zeigten sich zum Teil erhebliche Unterschiede in der Verfahrensdauer zwischen den Gerichtsbezirken.

Im Zuge eines zweiten Projektes ermittelte das IfM Bonn erstmals Informationen zur Zahl der Unternehmensfortführungen. Eine repräsentative Auswertung von Gerichtsakten der Eröffnungsjahre 2004/2005 in NRW ergab, dass 15 % der betroffenen Unternehmen fortgeführt wurden. Die Fortführungswahrscheinlichkeit erhöhte sich allerdings auf fast 25 %, wenn die bereits zum Antragszeitpunkt stillgelegten Unternehmen nicht in die Berechnung einbezogen wurden.

Beide Studien legen nahe, dass Maßnahmen zur Qualitätssicherung bei der Durchführung von Insolvenzverfahren notwendig sind – zum einen, um die Verfahrensdauer auf ein Minimum zu begrenzen und zum anderen, um alle Sanierungschancen nutzen zu können. Dies ließe sich z. B. durch eine Verstärkung des Erfahrungsaustauschs zwischen Gerichtsmitarbeitern und Insolvenzverwaltern erreichen.

Mehr Informationen zu den Studien finden Sie hier:

<http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=858>

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Corporate Social Responsibility (CSR): Enge Grenzen für staatliche Förderung

Die öffentliche Förderung des CSR-Engagements der Wirtschaft wird aktuell intensiv und kontrovers diskutiert. Empirisch lässt sich zeigen, dass das Gros der Unternehmen hierzulande bereits CSR-Strategien praktiziert: So nutzen 94,3 % der kleinen und mittleren Industrieunternehmen entsprechende Instrumente. Da ein vergleichbar hohes Aktivitätsniveau im Bereich CSR auch bei anderen Unternehmensgruppen (Großunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche) zu vermuten ist, können staatliche Maßnahmen nur auf eine Erweiterung oder Intensivierung der bestehenden CSR-Aktivitäten zielen. Dies ist ein Ergebnis einer neuen Studie des IfM Bonn, die sich kritisch mit der staatlichen Förderung von CSR auseinandersetzt.

Grundsätzlich ist eine Rechtfertigung einer staatlichen Einflussnahme auf die CSR-Aktivitäten der Unternehmen mit dem Hinweis, dass der Unternehmenserfolg hierdurch gesteigert werden könne, problematisch. Zum einen muss davon ausgegangen werden, dass die Unternehmen alle rentablen Maßnahmen aus eigenem Interesse unabhängig von staatlicher Förderung ergreifen werden. Zum anderen fehlt auch der wissenschaftliche Nachweis, dass die Wahrnehmung von CSR tatsächlich einen substanziellen Einfluss auf den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen hat. Die Gefahr einer ineffizienten Verwendung öffentlicher Mittel ist daher nicht von der Hand zu weisen.

Mögliche Handlungsfelder für die Politik könnten sich aus Sicht des IfM Bonn dagegen in den folgenden Bereichen eröffnen: Unterstützung der Unternehmen bei der Sichtbarmachung ihres CSR-Engagements, Bereitstellung von Informationen zu CSR sowie Hilfestellungen zum Aufbau von CSR-Kooperationen. Die Gewährung von Steuervorteilen für CSR oder die Bindung der Vergabe öffentlicher Aufträge an bestimmte CSR-Aktivitäten sind dagegen kritisch zu hinterfragen, weil sie unmittelbar in die unternehmerische Entscheidung eingreifen, ohne dass es hierfür eine hinreichende theoretische Begründung gibt. Bedenken bestehen zudem gegenüber zusätzlichen CSR-Berichtspflichten, weil die damit verbundenen Kosten insbesondere KMU hart treffen würden, ohne dass ein entsprechender gesellschaftlicher Mehrwert geschaffen würde.

Mehr Informationen sowie die vollständige Studie finden Sie hier:

<http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=843>

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

European Enterprise Award 2009/10: Erneut beide deutschen Projekte erfolgreich

Der vom IfM Bonn als nationaler Kontaktpunkt betreute European Enterprise Award der Europäischen Kommission ist am 31. Mai 2010 in Madrid mit einem erfreulichen Ergebnis für Deutschland zu Ende gegangen. Beide Initiativen, die in der nationalen Vorausscheidung für die europäische Teilnahme nominiert wurden, haben sich auch auf EU-Ebene durchgesetzt. Die deutsch-niederländische Euregionale Gründer Initiative (EGI) aus Nordrhein-Westfalen wurde auf einer feierlichen Galaveranstaltung im Rahmen der zweiten Europäischen KMU-Woche mit dem "Preis für die Internationalisierung von Unternehmen" ausgezeichnet. Mit dem Preis in dieser Kategorie werden Projekte gewürdigt, die Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, dabei unterstützen, von den Chancen auf den Märkten inner- und außerhalb der Europäischen Union zu profitieren.

Der zweite deutsche Wettbewerbsvertreter, die Nürnberger Initiative "Zeit für Ethik", wurde als besonders kreatives und zur Nachahmung inspirierendes Projekt hervorgehoben und mit einem Sonderpreis der Jury bedacht.

Um die beispielhaften Initiativen und Praxismodelle überregional bekannt zu machen, hat das IfM Bonn eine Dokumentation der abgelaufenen Wettbewerbsrunde erstellt. Diese enthält u. a. zehn ausgewählte Good-Practice-Projekte aus Deutschland, Kurzporträts der Wettbewerbssieger und eine Teilnahmestatistik.

Die Dokumentation steht Ihnen hier zur Verfügung:

<http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=775>

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Aktuelles

■ Neues aus dem IfM Bonn

1. Forum der deutschen Mittelstandsforschung: Tagungsband erschienen

Im Nachgang zum 1. Forum der deutschen Mittelstandsforschung, das am 30. und 31. Oktober 2008 in Frankfurt am Main stattfand, ist ein Tagungsband erschienen. Die behandelten Themen reichen von Führung und Strategie in KMU bis hin zu Wertschöpfungsprozess- und Wissensmanagement in KMU.

Mehr Informationen zum Tagungsband sowie die Möglichkeit der Bestellung finden Sie hier:

<http://www.gabler.de/Buch/978-3-8349-2288-5/Wertschoepfungsmanagement-im-Mittelstand.html>

■ Mittelstandsstatistik

Gründungsgeschehen 2009: Rund 9.700 Gründungen wurden in Form der haftungsbeschränkten Unternehmergeinschaft vollzogen

Das IfM Bonn hat das Gründungsgeschehen 2009 auf Basis der Gewerbeanzeigenstatistik untersucht. Insgesamt lag die Zahl der Existenzgründungen in 2009 in der gewerblichen Wirtschaft mit knapp 412.600 um 3,3 % höher als im Vorjahr. Darunter sind 43.741 Unternehmensübernahmen (Erbfolge, Kauf und Pacht), 263.756 Gründungen eines Kleingewerbes und 105.103 Betriebsgründungen mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung, also Gründungen von Hauptniederlassungen, enthalten. Gut 9.700 Gründungen in diesem Segment wurden in der neuen Rechtsform der haftungsbeschränkten Unternehmergeinschaft vollzogen, die aufgrund der notwendigen Eintragung ins Handelsregister nur bei der Gründung einer Hauptniederlassung eines Betriebs eine Rolle spielt.

Weitere Informationen zum Gründungs- und Liquidationsgeschehen finden Sie hier:
<http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=612>

■ Veröffentlichungen

- Oliver Arentz und Johann Eekhoff haben in der Zeitschrift Orientierungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik Nr. 123 den Beitrag "Mindestlöhne verringern die Beschäftigungschancen für Bezieher von Arbeitslosengeld II" veröffentlicht. Die komplette Ausgabe steht Ihnen hier zur Verfügung:

http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/files/Orientierungen_123.PDF

- Peter Kranzusch hat in der Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht (ZInsO) Nr. 20/2010 den Beitrag "Wann werden die Gläubiger von Regelinsolvenzverfahren ausgezahlt?" veröffentlicht.

- Peter Kranzusch und Annette Icks haben in der Ausgabe 04/2010 der Zeitschrift INDat-Report einen Beitrag mit dem Titel „Wie häufig Sanierungen in Insolvenzverfahren unterm Strich gelingen“ veröffentlicht.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Das IfM Bonn ist eine Stiftung des privaten Rechts.

Redaktionsanschrift/Impressum

Institut für Mittelstandsforschung Bonn

Maximilianstraße 20

D-53111 Bonn

Redaktion: Oliver Arentz und Nadine Schlömer

Tel: +49 228/72 99 7 - 59

Fax: +49 228/72 99 7 - 34

E-Mail: presse@ifm-bonn.org

Website: <http://www.ifm-bonn.org>

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Ministerium für Wirtschaft,
Mittelstand und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Wir würden uns freuen, wenn Sie die IfM Bonn-Forschungsnews an interessierte Kollegen und Bekannte weiterleiten.

Anregungen, Kritik oder Lob nehmen wir gerne unter presse@ifm-bonn.org entgegen.

Falls Sie die IfM Bonn-Forschungsnews abbestellen möchten, klicken Sie bitte hier:

<http://www.ifm-bonn.org/newsletter/index.php?language=german>

Das IfM Bonn-Newsletter-Archiv finden Sie unter

<http://www.ifm-bonn.org/newsletter/archive/archiv.html>

Hinweis: Das IfM Bonn zeichnet nicht für die Inhalte externer Seiten verantwortlich, welche im Newsletter verlinkt werden. Dies betrifft alle Internetseiten, die sich außerhalb der Domänen www.ifm-bonn.org und www.ifm-bonn.de befinden.
